Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 19. Februar 2008
Ausgabe 034

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Erfolgreiche Unterstützung der wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten in München 3
› Holzschwellen in U-Bahnhöfen 6
› Anschubfinanzierung für die Münchner Großtagespflegen 7
› Gehölzpflegearbeiten an der Züricher Straße 8
› „Ein Pferd für alle" – ein Angebot für Menschen mit Behinderung in Kooperation mit Münchens Partnerstadt Verona 8
› Infoabend im Bauzentrum: Grundwassernutzung für Wärmepumpen 9
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 15. bis 18. Februar 10
› „Rosen für den Staatsanwalt" im Filmmuseum München 10
› Musikbibliothek: Audiovisuelles Zentrum wieder geöffnet 11
› Film „Keine Lieder über Liebe" im Kunstforum Arabellapark 12

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **13**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 20. Februar, 9.45 Uhr,
Besprechungsraum, Zimmer 300, 3. Stock, Burgstraße 4
Plenumssitzung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Vortrag „Mehrgenerationenhaus München in den Arkaden" von Uschi Weber, Euro-Trainings-Centre.

Freitag, 22. Februar, 11 Uhr,
Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach, Thomas-Dehler-Straße 16
Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das 13. Sozialbürgerhaus der Landeshauptstadt München für den Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach. Damit findet das Sozialbürgerhaus-Konzept für alle 13 Sozialregionen der Stadt seine Vollendung. Das erste Sozialbürgerhaus wurde am 1. Dezember 1997 in der Plinganserstraße eröffnet. Am Tag der feierlichen Eröffnung bleibt das Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach für den Kundenkontakt geschlossen. Notfallvertretung übernimmt für den 22. Februar das Sozialbürgerhaus am Orleansplatz 11.

Freitag, 22. Februar, 11 Uhr,
Kreisverwaltungsreferat, Ruppertstraße 11, Saal
Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle informiert als Wahlleiter über die bevorstehende Kommunalwahl am 2. März. Neben aktuellen Zahlen werden Organisation, Ablauf und Präsentation der Wahl dargestellt und was bei der Stimmabgabe besonders zu beachten ist.

Freitag, 22. Februar, 11.30 Uhr, Rathaus Großer Sitzungssaal
Bürgermeisterin Christine Strobl hält eine Sprechstunde für Schulkinder ab, die sich im Rahmen der Aktion „Trepp auf – Trepp ab" des Kultur & Spielraum e.V. über Aktuelles und Historisches im Münchner Rathaus informieren.

Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Städtisches Willi-Graf-Gymnasium, Borschtallee 26, Aula, Erdgeschoss
Bürgermeisterin Christine Strobl hält die Festrede zur Eröffnungsfeier für die gemeinsame Mensa des Städtischen Sophie-Scholl-Gymnasiums und des Städtischen Willi-Graf-Gymnasiums.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 26. Februar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 26. Februar, 16 bis 18 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, 5. Stock, Tal 13
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen) mit der Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will. In dieser Zeit ist die Vorsitzende auch unter der Telefonnummer 22 80 26 64 erreichbar.

Dienstag, 26. Februar, 19.30 Uhr,
Freizeittreff Freimann, Burmesterstraße 27
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Koch statt.

Meldungen

Erfolgreiche Unterstützung der wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten in München
(19.2.2008) „Die geglückte wirtschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine besondere Herausforderung für das Referat für Arbeit und Wirtschaft. Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) soll das wirtschaftliche Potenzial ethnischer Ökonomien gezielt gefördert werden" stellt Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft, fest. Ein Blick auf die Daten erklärt die Notwendigkeit für dieses Engagement: In der Landeshauptstadt München lebten zum 31. Dezember 2007 1.351.445 Ein-

wohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz. Hierunter befanden sich 311.321 Ausländerinnen und Ausländer. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt somit 23 Prozent. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung prognostiziert bis zum Jahr 2020 einen konstanten Anteil ausländischer Personen an der Münchner Bevölkerung. Dazu kommen zirka elf Prozent der Bevölkerung, die zwar die deutsche Staatsangehörigkeit, aber Migrationshintergrund besitzen. Insgesamt sind also gut ein Drittel der Münchner Bevölkerung Migrantinnen und Migranten. Unter den bundesdeutschen Großstädten mit über 500.000 Einwohnern ist München nach Frankfurt am Main diejenige mit dem zweitgrößten Ausländeranteil. Die große kulturelle Vielfalt verteilt sich auf Personen aus über 180 verschiedenen Staaten.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft engagiert sich seit vielen Jahren über das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm für die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt bildet eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration. Dr. Reinhard Wieczorek betont: „Die ausländische Bevölkerung besitzt enorme Potenziale, die sie jedoch in vielen Bereichen nicht ausreichend einbringen und nutzen kann. So liegen der Anerkennung von schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüssen unterschiedliche gesetzliche Regelungen zugrunde und für die Anerkennung sind bundesweit über 2.000 unterschiedliche Stellen zuständig.

Da auf die Anerkennungsregelungen und die Anerkennungspraxis kaum kommunale Einflussnahme möglich ist, fördert die Landeshauptstadt die unmittelbare Qualifizierung der Betroffenen."

Die in München bestehenden ethnischen Ökonomien unterstützen nicht nur die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, sie leisten auch einen unverzichtbaren Beitrag zum Wirtschaftsstandort München. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und stellen ein breites Angebot an Waren- und Dienstleistungen zur Verfügung. Allerdings ist das wirtschaftliche Potenzial der ethnischen Ökonomien aus unterschiedlichen Gründen noch nicht vollständig genutzt. So konzentrieren sich Unternehmen mit Migrationshintergrund bevorzugt auf die Bereiche Handel und Gastgewerbe, wohingegen sie bei wissensintensiven Dienstleistungen unterrepräsentiert sind. Insgesamt gründen Ausländerinnen und Ausländer häufiger Unternehmen als Deutsche.

Um das gewaltige Wirtschaftspotenzial ethnischer Ökonomien für München nutzbar zu machen und Migrantinnen und Migranten bei ihrer Integration in wirtschaftliche Bereiche und den Arbeitsmarkt zu fördern, hilft das Referat für Arbeit und Wirtschaft Gründerinnen und Gründern über das Münchner Existenzgründungsbüro (MEB) bei der Betriebsgründung. Unter-

nehmen, die sich am Markt etabliert haben, werden auf ihrem Weg zum Ausbildungsbetrieb durch das Projekt MOVA plus unterstützt.
Das Projekt MOVA plus wird von einem Fachbeirat begleitet, dem Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher ethnischer communities angehören. Einer von ihnen ist Janni Pegiokrios. Eine Ausbildung zum Bürokaufmann war für ihn der Beginn der beruflichen Karriere. Pegiokrios ist heute selbstständig und leitet erfolgreich die JQuadrat AG, eine in Starnberg ansässige Firma im IT-Bereich. Er ist sich der Probleme junger Migrantinnen und Migranten im Übergang von Schule zu Beruf bewusst, kennt jedoch auch die Erfordernisse der Unternehmen. Janni Pegiokrios stellt fest: „Meine Ausbildung als Bürokaufmann gab mir den Grundstein für meinen heutigen Werdegang. Nach meiner kurzen Zeit im bezahlten Fußball beim TSV 1860 München und in der griechischen Nationalmannschaft half mir meine abgeschlossene Ausbildung für den weiteren Verlauf bis hin zur Selbständigkeit." Er engagiert sich im Projekt MOVA plus und plant ab September 2008 auch selbst auszubilden: „Als Arbeitgeber ist es für mich sehr wichtig, dass meine künftigen Auszubildenden gut deutsch sprechen, da sie in der täglichen Arbeit viel mit Kunden telefonieren müssen."
Für Anil Ada (18 Jahre) war der Übergang von der Schule in den Beruf anfangs mit Schwierigkeiten verbunden: „Nach meinem Hauptschulabschluss habe ich erst mal keine Lehrstelle gefunden. Ich wusste auch gar nicht so recht, was ich werden sollte, auf jeden Fall sollte es mit Menschen zu tun haben." Über eine Einstiegsqualifizierung (EQ) in der Taverna Diyar bekam er die praktische Möglichkeit, das Gastgewerbe kennen zu lernen und sich dem Betrieb als künftiger Auszubildender zu empfehlen. MOVA plus hat ihn dabei beraten und unterstützt. Jetzt absolviert er dort eine Ausbildung zum Restaurantfachmann und wird diese im nächsten Jahr abschließen.

Projekt MOVA plus

Seit 2003 ist das Referat für Arbeit und Wirtschaft Träger von MOVA. Dieses Projekt berät und unterstützt Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund, die ausbilden möchten. Im Herbst 2006 wurde das Projekt inhaltlich erweitert und personell verstärkt zu MOVA plus. Die Ansprache türkischer Unternehmen obliegt seither einem Mitarbeiter mit türkischem Migrationshintergrund. Zu dem ausbildungsbegleitenden Beratungs- und Unterstützungsangebot des Projekts zählt auch die Unterstützung der Auszubildenden und EQ-Praktikantinnen und -Praktikanten in den von MOVA plus gewonnenen Ausbildungsbetrieben.

Erfolge der Projektarbeit

Bislang konnten durch die Unterstützung von MOVA beziehungsweise MOVA plus in 132 Unternehmen mit ausländischer Inhaberschaft Ausbil-

dungsstellen eingerichtet werden. Die Unternehmen verteilen sich sehr breit über verschiedene Branchen: Reiseverkehr, Einzelhandel, Telekommunikation, Großhandel, Spedition, Gastronomie, Frisörsalons, Arztpraxen, Anwaltskanzleien, Dienstleistungen. Eine Befragung in den Unternehmen im Jahr 2004 ergab, dass 64 Prozent der Auszubildenden nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Ein wichtiger Grund für den hohen Anteil ausländischer Jugendlicher unter den Auszubildenden liegt in ihrer Zweisprachigkeit. Für die Unternehmen, die sich auf die Betreuung von Kunden aus der eigenen Ethnie spezialisiert haben, sind muttersprachliche Kenntnisse der Auszubildenden sehr wichtig.

Aktuelle Projektentwicklung

Viele Unternehmen mit Migrationshintergrund haben erkannt, dass auch für sie der zunehmende Fachkräftemangel relevant wird und sie denken über Ausbildung im eigenen Betrieb nach. Die Betriebe berichten in jüngster Zeit gleichzeitig über Probleme bei der Besetzung der eingerichteten Ausbildungsstellen und beklagen, dass sie keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber finden.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt Rechnung zu tragen und diese bei der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Projekte zu berücksichtigen. Im Rahmen des aus Bundesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten Ausbildungsstrukturprogramms „Jobstarter – Für die Zukunft ausbilden" werden daher seit Februar 2008 in einem Projektmodul von MOVA plus in den kommenden zwei Jahren zwei neue Bereiche bedient. Zum einen wird die Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben intensiviert. Dazu sollen ein Betriebspool aufgebaut und die Elternarbeit unterstützt werden. Lernpartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen unterstützen die Jugendlichen in ihrer Berufsorientierung. Zum anderen soll über zielgruppenorientiertes Matching der passgenaue Übergang in die betriebliche Ausbildung in Unternehmen mit Inhaberinnen und Inhabern ausländischer Herkunft verbessert werden.

Holzschwellen in U-Bahnhöfen

(19.2.2008) Aufgrund von Geruchsbelästigungen durch die Holzimprägnierung bei den U-Bahn-Schwellen im U-Bahnhof Garching wurden im Auftrag der Stadt Garching Messungen vom Landesamt für Umwelt durchgeführt. Als Ergebnis der Untersuchungen werden unter dem Gesichtspunkt des vorsorgenden Gesundheitsschutzes Maßnahmen zur Schadstoffminimierung (verstärkte Belüftung) geprüft.

Da in den neu errichteten U-Bahnhöfen Oberwiesenfeld und Olympia-Einkaufszentrum vergleichbare Bahnschwellen eingebaut wurden, wird das

Baureferat aus vorsorglichen Gründen in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt umgehend Messungen hinsichtlich der dort eingesetzten Imprägniermittel durch das Landesamt für Umwelt vornehmen lassen.
Aus Sicht von Baureferat und Referat für Gesundheit und Umwelt ist jedoch zu betonen, dass

- imprägnierte Holzschwellen entsprechend dem Stand der Technik im Bereich der U-Bahnhöfe eingebaut wurden. Anfängliche Geruchsbelästigungen sind auch schon früher in neu eröffneten U-Bahnhöfen aufgetreten
- eine besondere lüftungsspezifische Situation in einem Aufgangsbereich des U-Bahnhofs Garching Ursache für die vermehrten Geruchsbelästigungen ist
- soweit Richtwerte vorliegen, diese nicht überschritten werden
- gesundheitliche Gefährdungen nicht erkennbar sind

Bei der im Bau befindlichen Moosacher U-Bahn-Linie (U 3-Nord) können Schwellen eingesetzt werden, die deutlich weniger Imprägniermittel enthalten, da es hierfür mittlerweile Hersteller gibt, die derartige Schwellen mit den entsprechenden Prüfzeugnissen anbieten. Aus Vorsorgegründen wird das Baureferat aber auch hier entsprechende Messungen vor Inbetriebnahme durchführen.
Die Geruchsbelästigungen reduzieren sich bei neuen Bahnhöfen erfahrungsgemäß im Laufe der Zeit, so dass bei allen anderen U-Bahnhöfen keine Maßnahmen zu veranlassen sind.

Anschubfinanzierung für die Münchner Großtagespflegen
(19.2.2008) Seit Anfang diesen Jahres gibt es für alle pädagogischen Fachkräfte und Tagesbetreuungspersonen, die in München eine Großtagespflege eröffnen möchten, eine sehr gute Nachricht: Sie können einen einmaligen Zuschuss zu den anfallenden Investitionskosten bekommen. Auf Initiative der Landeshauptstadt München hat der Freistaat Bayern dieses Geld im Rahmen des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) bereit gestellt.
Das Konzept der Münchner Großtagespflege – zwei Betreuungspersonen, etwa eine Tagesmutter und eine pädagogische Fachkraft, betreuen in selbst angemieteten Räumlichkeiten eine Kindergruppe von sechs bis maximal zehn Kindern – hat sich seit Einführung des BayKiBiG im Jahre 2005 sehr bewährt. Mittlerweile gibt es neun Großtagespflegen, die sich auf das gesamte Stadtgebiet verteilen und viele Eltern, die dieses neue Betreuungsangebot für ihre Kinder sehr schätzen.

Ein große Hürde für den zügigen Ausbau war in der Vergangenheit allerdings immer wieder der Umstand, dass die Betreuungspersonen die gesamten Investitionskosten, die zur Inbetriebnahme der Räumlichkeiten anfallen, selbst tragen mussten. Für einige Interessentinnen konnte sich der Traum von der Selbstständigkeit so nicht verwirklichen. Nun können sie bis zu maximal 5.000 Euro für Umbaumaßnahmen, für erforderliche Brandschutzinstallationen, aber auch für die Erstausstattung an Einrichtungsmobiliar oder Spielmaterial für die Kindergruppe erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass das Bewerbungsverfahren der künftigen Betreuungspersonen beim Stadtjugendamt positiv verlaufen ist und geeignete Räumlichkeiten für eine Großtagespflege bekannt sind. Wichtig ist, dass der Investitionskostenzuschuss beantragt wird, bevor die Räumlichkeiten angemietet und die Umbaumaßnahmen begonnen werden.
Interessierte können das Konzept der „Münchner Großtagespflege" unter der Telefonnummer 2 33-2 01 57 anfordern. Beratung zu allen Fragen rund um die Anschubfinanzierung für eine Großtagespflege gibt es im Stadtjugendamt bei Susann Vogel unter Telefon 2 33-2 01 86.

Gehölzpflegearbeiten an der Züricher Straße
(19.2.2008) Das Baureferat (Gartenbau) führt bis 22. Februar entlang des südlichen Pflanzstreifens der Züricher Straße im Bereich zwischen der Bernerstraße und dem Hans-Fitz- Weg Gehölzpflegemaßnahmen durch. Bei dieser Maßnahme werden die Sträucher durch Rückschnitt verjüngt und nicht entwicklungsfähiger Gehölzaufwuchs, wie kleinere und zu eng stehende Bäume, entfernt. Ziel ist es, einen gesunden und stabilen Gehölzbestand zu erhalten. Lücken, die vereinzelt durch Schnittmaßnahmen entstehen können, schließen sich durch nachwachsende Gehölze erfahrungsgemäß innerhalb von spätestens zwei Jahren. Für eventuelle Beeinträchtigungen während der Arbeiten bittet das Baureferat um Verständnis.

„Ein Pferd für alle" – ein Angebot für Menschen mit Behinderung in Kooperation mit Münchens Partnerstadt Verona
(19.2.2008) Münchens Partnerstadt Verona lädt Menschen mit Behinderung ein zu der traditionellen Veranstaltung „Ein Pferd für alle". Reise, Unterkunft, Verpflegung Halbpension und das Ausflugsprogramm sind für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos. Die Reise ist vom 13. bis 16. Juni jeder Teilnehmer mit Behinderung kann von zwei Familienmitgliedern oder Betreuerinnen/Betreuer begleitet werden. Die Reise von München nach Verona erfolgt mit einem Sonderzug, die Unterbringung in barrierefreien Hotels mit Halbpension.

Im Programm enthalten sind eine Bootsfahrt mit Mittagessen auf dem Gardasee. Am 15. Juni geht es dann auf das Gelände der Reitschule „Nuovo Circolo Ippico Scaligero". Hier werden verschiedene Rundgänge und Führungen angeboten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können selbst reiten und Wettkämpfe im Spring- und Dressurreiten mit der Auszeichnung der Gewinnerinnen und Gewinner erleben. Abends findet ein Doppel-Dressurkampf zwischen behinderten und nicht-behinderten Reiterinnen/Reiter statt und die Carabinieri lassen den Tag mit einer Vorstellung enden. Nach dem Frühstück geht es dann am 16. Juni wieder zurück nach München. Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen, und Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben, egal welchen Alters, können sich ab sofort anmelden. Anmeldungen und Informationen gibt es bei Jonna Somma und Fabian Nagy im Stadtjugendamt, unter der Telefonnummer 2 33-4 97 62, Anmeldungsformulare gibt es unter *www.scaligeroboschetto.it,* ein icon führt zur deutschsprachigen Seite. Die Anmeldung ist verbindlich.

Infoabend im Bauzentrum: Grundwassernutzung für Wärmepumpen
(19.2.2008) Herbert Schönwetter vom Referat für Gesundheit und Umwelt erläutert bei einem Infoabend im Bauzentrum München am Donnerstag, 21. Februar, ab 18 Uhr die behördliche Erlaubnis zum Betrieb einer grundwasserbetriebenen Wärmepumpe. Im Vortrag werden u.a. auch die geologischen Gegebenheiten im Raum München aufgezeigt, um den potenziellen Antragstellerinnen und Antragstellern eine Entscheidungshilfe zur Rentabilität ihrer geplanten Wärmepumpe zu geben. Der Referent erklärt auch, warum der Einsatz (vertikaler) Erdwärmesonden in München aus geologischen Gründen fast nicht möglich ist. Im Anschluss steht der Experte für Fragen zur Verfügung, der Eintritt ist frei.
Die Adresse des Bauzentrums München in der Messestadt Riem ist die Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de, Telefon 50 50 85.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 15. bis 18. Februar
(19.2.2008) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 15. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 587 Fahrzeuge: 411
Streuguteinsatz:
Salz: 143,78 t Splitt: 701,90 t
Kosten des Einsatztages: 318.980,79 Euro
Samstag, 16. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 93 Fahrzeuge: 69
Streuguteinsatz:
Salz: 4,23 t Splitt: 20,35 t
Kosten des Einsatztages: 57.351,10 Euro
Sonntag, 17. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 57 Fahrzeuge: 35
Streuguteinsatz:
Salz: 1,20 t Splitt: 2,51 t
Kosten des Einsatztages: 46.777,37 Euro
Montag, 18. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 37 Fahrzeuge: 24
Streuguteinsatz:
Salz: 2,72 t Splitt: 0,30 t
Kosten des Einsatztages: 44.470,16 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 7
Bisherige Einsatztage: 105
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2007/2008: ***8.470.782,09 Euro***

„Rosen für den Staatsanwalt" im Filmmuseum München
(19.2.2008) Im Begleitprogramm zur Wanderausstellung „Was damals Recht war ... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht", die noch bis zum 30. April im Lichthof des Münchner Justizpalastes zu sehen ist, zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Donnerstag, 21. Februar, um 19 Uhr den Film „Rosen für den Staatsanwalt" (Deutschland 1959) von Wolfgang Staudte. Der Medienwissenschaftler Dr. Knut Hickethier hält zuvor eine Einführung. In dem Film „Rosen für den Staatsanwalt" wird der junge Wehrmachtssoldat Kleinschmidt wegen einer Lappalie von einem Kriegsgericht unter

der Anklage des Kriegsgerichtsrats Schramm zum Tode verurteilt. Nur durch einen Zufall entkommt Kleinschmidt der Exekution. Nach dem Krieg kehrt er in seine Heimatstadt zurück, wo er seinem einstigen Ankläger Schramm wiederbegegnet, der auch im „entnazifizierten" Deutschland Karriere als Oberstaatsanwalt gemacht hat. Schramm, der noch immer von seiner treudeutschen Gesinnung geleitet wird, fürchtet nun um die Aufdeckung seiner dunklen Vergangenheit. „Mit bitterer Ironie schildert der zeitkritische Film die Verdrängung faschistischer Vergangenheit und den Fortbestand alter obrigkeitsstaatlicher Tendenzen in der Bundesrepublik. Obwohl er durch zahlreiche Konzessionen ans Unterhaltungskino jener Jahre teilweise an Schärfe und Deutlichkeit verliert, bleibt er doch in zentralen Punkten treffsicher und beständig aktuell." (film-dienst)
Dr. Knut Hickethier (geboren 1945) lehrt am Institut für Medien und Kommunikation an der Universität Hamburg. Seit 1974 ist er Redakteur und Mitherausgeber der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation", Herausgeber der Publikationsreihe „Beiträge zur Medienästhetik und Mediengeschichte" und „Sprache, Literatur, Medien". Seine Arbeitsgebiet umfasst u.a. die Film- und Fernsehanalyse, Theorie und Geschichte der Medienwissenschaft, Filmgeschichte und Filmtheorie und Film- und Fernsehkritik.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Eine Kartenvorbestellung ist unter der Telefonnummer 2 33-2 41 50 möglich.

Musikbibliothek: Audiovisuelles Zentrum wieder geöffnet
(19.2.2008) Nach gründlicher Modernisierung steht das Audiovisuelle Zentrum der Stadtbibliothek Am Gasteig den Kundinnen und Kunden ab dem 22. Februar wieder zur Verfügung. In zehn Kabinen und an zahlreichen bequemen Hörplätzen können Filme angeschaut und Musik angehört werden. Dafür stehen nicht nur die entleihbaren CDs, DVDs und Videofilme, sondern auch die umfangreichen Bestände des Tonträgerarchivs zur Verfügung. Gruppen können das AV-Studio mit einer Dolby-Surround-Anlage und einer Leinwand für Großbildprojektion nutzen. Während der Schließung in den vergangenen Wochen wurden die technischen Anlagen komplett erneuert und die Akustik im AV-Studio optimiert. Der Wunsch der Kundinnen und Kunden, die technischen Geräte selbst zu bedienen, wurde dabei ebenfalls berücksichtigt. Die neu gestaltete Inneneinrichtung verbindet Elemente des Münchner Musiklebens mit einem modernen Design.
Ab Freitag, 22. Februar, 10 Uhr, kann das gesamte Angebot der größten kommunalen Musikbibliothek Deutschlands wieder genutzt werden. Alle Musikinteressierten sind herzlich eingeladen zu kommen und sich vom neuen Design überraschen zu lassen. Um 10.30 Uhr, 13.30 Uhr und 16.30 Uhr wird im AV-Studio das Ballett „Pulcinella" von Igor Strawinsky gezeigt,

um 11.30 Uhr und 14.30 Uhr die Operette „Der Zarewitsch" von Franz Lehár. Der Eintritt ist frei.
Die Stadtbibliothek Am Gasteig, Musikbibliothek, Rosenheimeraße 5, ist Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr, Samstag von 11 bis 16 Uhr geöffnet.
Ansprechpartnerin: Bettina Wolff, Telefon 4 80 98-32 28

Film „Keine Lieder über Liebe" im Kunstforum Arabellapark

(19.2.2008) Der junge, freche Film „Keine Lieder über Liebe" erzählt in Starbesetzung eine authentische Geschichte zwischen Musikdokumentation und Beziehungsdrama. Das Kino im Kunstforum Arabellapark zeigt am 22. Februar, um 20 Uhr den Film als DVD-Großbild-Projektion. Karten gibt es in der Stadtbibliothek Bogenhausen unter Telefon 92 87 81 23.
Zwei Brüder, ein Mädchen – eine alte Geschichte in einer sehenswerten neuen Erzählvariante. Was ursprünglich als Dokumentation über die Musik geplant war, entwickelte sich bald zu einem Film ganz anderer Art: Es geht um Liebe, Vertrauen und Verrat. Und um die Frage: Wie gut kennt man die Menschen, die einem am nächsten stehen? „Keine Lieder über Liebe" ist ein Film, dessen Entstehungsgeschichte wohl ebenso einzigartig ist, wie der Film selbst: Regisseur Lars Kraume hat drei der interessantesten deutschen Schauspieler – Heike Makatsch, Jürgen Vogel und Florian Lukas – auf eine Reise durch die norddeutsche Provinz geschickt. Drei Wochen lang waren sie mit der „Hansen Band" auf Tour, die eigens für den Film gegründet wurde und nun real existiert: Sänger ist Jürgen Vogel, die Musiker, darunter Thees Uhlmann von „Tomte" und Marcus Wiebusch von „Kettcar", sind ein Traumcast der deutschen Independentszene. Die Ausgangssituation war vorgegeben – eine Frau steht zwischen zwei Brüdern – der Fortgang der Handlung entwickelte sich beim Drehen.
Entstanden ist ein Film, der die Grenzen von Fiktion und Realität sprengt – ein authentischer Liebesfilm mit großartiger Musik – und alles wirklich live gespielt. Weitere Informationen zur Veranstaltung: *www.muenchner-stadtbibliothek.de* und *www.keine-lieder-derfilm.de*
Das Kunstforum Arabellapark ist eine Initiative der Münchner Stadtbibliothek und Münchner Volkshochschule, Rosenkavalierplatz 16, Telefon 92 87 81-0, E-Mail: stb.bogenhausen.kult@muenchen.de

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 19. Februar 2008

Abbau des Investitionsstaus auf städtischen und Vereinssportanlagen
Antrag CSU-Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer

Bau von Sportplätzen, Jugendspielflächen und Bolzplätzen erleichtern Änderung der 18. BImSchV
Antrag CSU-Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer

Erhöhung der städtischen Zuschüsse für den Sport
Antrag CSU-Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer

Gebühren für die Benutzung der städtischen Sportflächen und Hallen
Antrag CSU-Stadträte Josef Schmid und Mario Schmidbauer

Finanzdesaster der Landesbank
Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadtrat Boris Schwartz

Unterstützung von Vereinen mit Angeboten in muttersprachlichem Unterricht
Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadträtinnen Jutta Koller und Sabine Krieger

Elternarbeit mit Migrantenfamilien
Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadträtinnen Jutta Koller und Sabine Krieger

Verbesserung der Deutschförderung an Gymnasien für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund
Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadträtinnen Jutta Koller und Sabine Krieger

Asbestbelastung in München
Wie weit ist die Sanierung von Asbest-Altlasten in den letzten Jahren fortgeschritten?
Anfrage Freie Wähler-Stadtrat Johann Altmann

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern für **SPD** trägt: Helmut Schmid; für solche der **CSU**: Josef Schmid; für **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; für **FDP**: Gabriele Neff; für **ÖDP**: Mechthild von Walter; für **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; für **Die Linke**: Brigitte Wolf, für **Freie Wähler**: Johann Altmann.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
19.02.08

Abbau des Investitionsstaus auf städtischen und Vereinssportanlagen

1. Es ist ein Sanierungs- und Investitionsprogramm für städtische und Vereinssportanlagen zu erstellen, das bis 2012 die Fertigstellung aller angemeldeten Maßnahmen vorsieht.

2. Die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Seit über einem Jahrzehnt ist der Sportetat in München nicht erhöht worden. Die Sportanlagen sind zum Teil in einem desolaten Zustand und der Investitionsstau ist auf rund 30 Mio. € angestiegen. Mit den gleichbleibenden Zuschüssen schiebt die Landeshauptstadt München seit Jahren die notwendigen Investitionen vor sich her. Dagegen wurden in allen anderen Bereichen der Stadt die Etats im selben Zeitraum auch immer wieder erhöht. Um weiterhin den Vereins- und Breitensport für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, sind sofortige Maßnahmen einzuleiten.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer, Stadtrat
sportpolitischer Sprecher

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Josef Schmid Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
19.02.08

Bau von Sportplätzen, Jugendspielflächen und Bolzplätzen erleichtern
Änderung der 18. BImSchV

Die Landeshauptstadt München fordert den Freistaat Bayern auf, die „18. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes – Sportanlagenlärmschutzverordnung“ (18. BImSchV) dahingehend zu ändern, dass künftig die Errichtung von Sportplätzen, Jugendspielflächen und Bolzplätzen erleichtert und ein bedarfsgerechter Ausbau der notwendigen Infrastruktur für Sport und Freizeit möglich wird.

Begründung:

Unsere Stadt und unser Freistaat möchten familien- und kinderfreundliche Gebietskörperschaften sein. Wenn es aber um Sport und Spiel vor der eigenen Haustüre geht, werden Kinder und Jugendliche oft ausgegrenzt, weil die entstehende Geräuschkulisse mit dem Lärm von Verkehr, Maschinen oder Baustellen gleichgesetzt und der erforderliche Bau von Sport- und Spielanlagen dadurch verhindert wird. Da im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit nun vom Bund auf die Länder übergegangen ist, liegt es an der Staatsregierung, geeignete Lösungen vorzuschlagen und in Kraft zu setzen. Obwohl die Problematik bereits von verschiedenen Seiten aufgegriffen und in den zuständigen Gremien beraten wurde, ist noch immer keine brauchbare Neuregelung in Sicht.
In München entstehen viele Neubaugebiete, im Bestand haben wir seit Jahren einen Mangel an geeigneten Jugendspielflächen und große Probleme bei den Sportanlagen. Darum gilt es keine Zeit zu verlieren, sondern umgehend praktikable Lösungen zu beschließen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer, Stadtrat
sportpolitischer Sprecher

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Josef Schmid Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
19.02.08

Erhöhung der städtischen Zuschüsse für den Sport

Wir beantragen, der Stadtrat möge beschließen:

1. Vereinsmitglieder, Übungsleiter und Sportveranstaltungen aller Art sind deutlich stärker zu fördern.

2. Der dafür vorgesehene Etat ist von rund 4 Mio. € auf 6 Mio. € zu erhöhen.

3. Die dafür notwendigen Mittel sind im Haushalt einzustellen.

Begründung:

Seit über einem Jahrzehnt ist der Sportetat nicht erhöht worden. Die Vereine sind an ihre finanziellen Grenzen angelangt. Der Gesamtzuschuss für Vereine beträgt rund 4 Mio. € in diesem Bereich. Um Vereinsarbeit weiterhin aufrecht zu erhalten, müssen die Vereine noch mehr durch die Stadt gefördert werden. Eine abweisende Begründung durch die „schlechte Haushaltslage“ – bei reichlich fließenden Steuereinnahmen - kann nicht zur Ablehnung führen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer, Stadtrat
sportpolitischer Sprecher

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Josef Schmid Mario Schmidbauer

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
19.02.08

Gebühren für die Benutzung der städtischen Sportflächen und Hallen

Wir beantragen, der Stadtrat möge beschließen:

Die städtischen Gebühren für die Nutzung der städtischen Sportflächen und Hallen werden mit sofortiger Wirkung nicht mehr erhoben.

Begründung:

Seit über einem Jahrzehnt ist der Sportetat in München nicht erhöht worden. Die Sportanlagen sind zum Teil in einem desolaten Zustand und trotzdem belastet die Landeshauptstadt München die Vereine jährlich mit 1,9 Mio. € Nutzungsgebühren für Sportflächen und Hallen bei einem Gesamtzuschuss für Vereine von rund 4 Mio. € in diesem Bereich. Dies begründet das Sportamt und die Stadtschulrätin mit steuerlichen Gründen. Merkwürdig ist nur, dass die meisten Städte und Gemeinden im Bayerischen Städtetag diese Belastung ihren Sportvereinen nicht zumuten und schon gar nicht mit der vorgenannten Begründung. Auch die Begründung der „schlechten Haushaltslage“ – bei reichlich fließenden Steuereinnahmen – kann nicht zur Ablehnung führen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer, Stadtrat
sportpolitischer Sprecher

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 18.02.2008

Dringlichkeitsantrag für die Vollversammlung am 20.02.2008

Finanzdesaster der Landesbank

Dem Stadtrat wird über die Auswirkungen des Finanzdesasters der Bayerischen Landesbank berichtet. Insbesondere wird dargestellt, wie sich die möglichen Verluste von bis zu 4 Mrd.€ und die Forderungen nach neuem Kapital von 650 Mio.€ auf das Ergebnis der Münchner Stadtsparkasse auswirkt.

Begründung:
Aufgrund der äußerst mangelhaften Informationspolitik von Seiten der Bayerischen Landesbank und des Freistaates ist es dem Stadtrat nicht möglich einzuschätzen, welche Folgen die BayernLB-Krise auf die Stadtsparkasse München haben wird. Daher ist ein zeitnaher aktueller Bericht im Plenum erforderlich.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/rosa liste
Boris Schwartz
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 19.02.2008

Unterstützung von Vereinen mit Angeboten in muttersprachlichem Unterricht

ANTRAG

Schulreferat und Sozialreferat (Selbsthilfeförderung) werden gebeten, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, wie Vereine und Initiativen, die einen schulbegleitenden muttersprachlichen Unterricht anbieten (wollen), besser unterstützt werden können – etwa durch Beratung, Bereitstellung von Räumen und finanzielle Zuschüsse.

Begründung:

Muttersprache ist Menschenrecht und Mehrsprachigkeit ein Potential in der globalisierten Welt. Wissenschaftliche Studien haben schon seit langem gezeigt, dass gute Kenntnisse in der Erstsprache eine wichtige Voraussetzung für das Beherrschen einer Zweitsprache sind.
Die Abschaffung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an Grund- und Hauptschulen durch die CSU-Staatsregierung ist ein Skandal. Trotz einer beeindruckenden Unterschriftenaktion des Ausländerbeirats hält die CSU an dieser Fehlentscheidung fest.
Viele Migrantenvereine haben die Sache nun selbst in die Hand genommen und versuchen, außerschulische Kurse in der Herkunftssprache anzubieten. Oft scheitern diese Bemühungen am fehlenden Räumen und mangelnden Finanzmitteln. Deshalb sollte die Stadt die Initiativen beratend, durch die kostenlose Bereitstellung von Räumlichkeiten und finanzielle Förderung unterstützen.

Eine mögliche Zusammenarbeit von Migrantenvereinen mit Schulen, die etwa Räume für muttersprachlichen Unterricht zur Verfügung stellen könnten, könnten auch konzeptionell zu einer Öffnung der Schulen in Richtung der Migrantengemeinden und einer verbesserte Elternarbeit beitragen.

Fraktion
Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger, Jutta Koller

Stadträtinnen

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 19.02.2008

Elternarbeit mit Migrantenfamilien

ANTRAG

Stärkere Einbeziehung und Förderung von Migrantenselbstorganisationen und freien Trägern mit interkulturell geschultem herkunftssprachlichen Personal im Bereich der Elternarbeit mit Migrantenfamilien

Das Schulreferat wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, wie Migrantenselbstorganisationen und freie Träger mit interkulturell geschultem herkunftssprachlichem Personal im Bereich der Zusammenarbeit von Schule und Migranteneltern besser einbezogen und gefördert werden können.

Begründung:

Unterstützend für die Schulen können Migrantenselbstorganisationen (z.B. Elternvereine) und freie Träger mit interkulturell geschultem und mehrsprachig kompetentem Personal mit Migrationshintergrund wirken. Die Bedeutung der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus für den Schulerfolg sowie die besondere Bedeutung der Migrantenvereine als Mittler hierbei wurde jüngst sowohl im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung wie in einer Erklärung der Kultusministerkonferenz hervorgehoben („Integration als Chance – gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit. Gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz und der Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund“, 13.12.2007). Deshalb sollte die Stadt hier die Zusammenarbeiten mit diesen zur Erreichung der Migrantengruppen zentralen Organisationen und Personen verstärken und ihre Aktivitäten besser fördern.

Fraktion
Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger, Jutta Koller
Stadträtinnen

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 19.02.2008

Verbesserung der Deutschförderung an Gymnasien für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

ANTRAG

Das Schulreferat wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, wie durch eine verbesserte sprachliche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Gymnasien ihr Schulerfolg verbessert werden kann. Dies betrifft sowohl Quereinsteiger, die erst im Gymnasialalter nach Deutschland gekommen sind und meist als Gastschüler/innen aufgenommen werden, wie auch Kinder, die hier in einem nicht-deutschsprachigen Familienkontext aufgewachsen sind.

Die notwendigen Ressourcen für die Lehrkräfte werden hierzu bereit gestellt und ein kontinuierliches, systematisches und bedarfsdeckendes Unterstützungsangebot etwa durch Deutschförderkurse wird konzipiert.

Als Vergleich heranzuziehen ist hier die Deutschförderung im Realschulbereich, wie sie von der städtischen Carl-von-Linde-Realschule in ihren Klassen (in allen Jahrgangsstufen) mit intensiver Deutschförderung angeboten wird.
.

Begründung:

Laut Münchner Bildungsbericht ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche die Schule mit Abitur verlassen haben, bei Deutschen mehr als viermal so hoch wie bei Nicht-Deutschen (37,7 % gegenüber 9,5 % im Jahre 2004). Zum Beispiel befanden sich im Schuljahr 2004/2005 nur 9,4 % der türkischen Schülerinnen und Schüler, welche die 5. Jahrgangsstufe besuchten, an einem Gymnasium (dafür aber 63,6 % an einer Hauptschule).

Immer wieder berichten Lehrkräfte an Gymnasien von talentierten Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die aber wegen mangelnder Förderung der Sprachkompetenzen zu scheitern drohen. Besondere Fördermaßnahmen werden bisher nur punktuell an einigen Schulen (z.B. am Lion-Feuchtwanger-Gymnasium im Bereich der Eingangsklassen) und nicht systematisch, kontinuierlich und bedarfsdeckend angeboten.

Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf im Sinne der Herstellung größerer Bildungsgerechtigkeit und der Ausschöpfung der Begabungspotentiale der Münchner Schülerinnen und Schüler.

Fraktion
Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger, Jutta Koller

Stadträtinnen

Johann Altmann
Ehrenamtlicher Stadtrat
der Landeshauptstadt München

Rathaus, Zimmer 511
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089 / 233 – 20766
Fax: 089 / 233 – 20770
johann.altmann@muenchen.de

FREIE WÄHLER
München e.V.

Freie Wähler in Stadtrat der LH München, Marienplatz 8, 80331 München

An den Oberbürgermeister
der Landeshaupstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANFRAGE

18. Februar 2008

Asbestbelastung in München

Wieweit ist die Sanierung von Asbest-Altlasten in den letzten Jahren fortgeschritten?

Vor einigen Jahren wurde die Asbestbelastung älterer Bauten, vor allem im Verkehrsbereich, intensiv besprochen. Auch in München wurden diverse Gutachten angekündigt bzw. erstellt. Im Asbestkataster (Stand 2001) wurden 415 Objekte in München mit asbesthaltigen Baustoffen erfasst, von denen zum damaligen Zeitpunkt 76 vollständig saniert wurden. Die Sanierung der übrigen belasteten Bauten – einschließlich derjenigen mit der niedrigsten Belastungsstufe - wurde angekündigt.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

1. Wie sieht der derzeitige Stand aus?
2. Wann wird die Gefahrenquelle Asbest – zumindest in den öffentlichen Gebäuden – für München endgültig kein Thema mehr sein?
3. Welche Einrichtungen wurden seit Anfang 2000 gutachterlich untersucht?
   Liegen dazu alle Ergebnisse vor?
4. Welche Gefährdungen ergeben sich durch Asbest angesichts der geplanten Wohnungsbebauung auf dem Gelände des ehemaligen Heizkraftwerkes in der Müllerstraße?
5. Wie sieht die Zusammenarbeit der Stadt München in der Asbestfrage mit den SWM bzw. der Bahn AG z.B. bezüglich der Tiefbaugeschosse (Stachus, Hauptbahnhof) aus?
6. Inwieweit sind U- und S-Bahnhöfe sowie die dortigen Kioske vom Asbestproblem noch immer betroffen? Wurden inzwischen auch, wie angekündigt, die minderbelasteten Baustoffe entsorgt?
7. Inwieweit erhalten Pächter (Kiosk-/Ladenbetreiber) Entschädigungen für Geschäftsausfälle während der Sanierung?
8. Welche Schutz- und Informationsmaßnahmen gibt es während anfallender Um- und Ausbaumaßnahmen in Bereichen, in denen Asbest verwendet wurde?
9. Wie oft werden in den noch bekannten Bereichen mit Asbest-Altlasten Kontrollmessungen durchgeführt?
10. In welchen städtischen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, Kindergärten, Sportstätten usw.) besteht noch ein Entsorgungsbedarf?

Johann Altmann, Stadtrat